



PRESSEMITTEILUNG

20.05.2015

„Das Kirchturmdenken soll endlich vorbei sein, die Fusionsverhandlungen werden zerredet“, betonte die Innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Angelika Jahns MdL, während eines Pressegesprächs am Dienstag in der CDU-Geschäftsstelle Peine.

Angelika Jahns weiß wovon sie spricht, denn sie ist als Wolfsburger Landtagsabgeordnete direkt von den gescheiterten Fusionsbestrebungen der Stadt Wolfsburg mit dem LK Helmstedt betroffen.

„Die regional politische Balance passt nicht“ - mit diesen Worten hätte Innenminister Pistorius in der Vergangenheit die Fusion des LK Helmstedt mit der Stadt Wolfsburg verhindert und sich ähnlich ablehnend zu den aktuell laufenden Fusionsüberlegungen zwischen den Landkreisen Peine und Hildesheim geäußert.

Um dem gesamten Braunschweiger Raum eine fundierte, zukunftsorientierte Struktur zu geben, fordert sie mit der CDU-Landtagsfraktion seit längerer Zeit die Einrichtung einer Enquete-Kommission für den Bereich Südostniedersachsen.

Seit Dezember 2014 hat die SPD – obwohl wohl grundsätzlich zustimmend eingestellt - im Landtag diesen Antrag immer wieder hinausgeschoben, sodass erst der Plenumstermin im kommenden Juni eine Chance für einen derartigen Beschluss bietet. Diese Enquete-Kommission soll die Situation der Gemeinden, Städte und Landkreise, die strukturellen Erfordernisse der Region - und dabei auch die Entwicklungschancen des ZGB - hinterfragen und praxisorientierte Gestaltungsvorschläge machen. Auch konkrete Ansätze für den Landkreis Hildesheim sollen dabei Berücksichtigung finden und in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Peine, Hans-Werner Fechner, sowie CDU-Kreisvorsitzender Christoph Plett forderten bei dem Gespräch mit Frau Jahns mehr Einsicht der Kreis-SPD für die Eigenständigkeit und den Einfluss der Kommunen und Landkreise in der Gesamtlage Südostniedersachsens.

Die Vergrößerung des ZGB mit einigen weiteren Zuordnungen könne nicht die Lösung sein, so würden nur Aufgaben verlagert.

Für die Bürgerin und den Bürger vor Ort dürfe es keine gravierenden Nachteile geben, die Landkreise und Kommunen müssten ihrer Verantwortung ihnen gegenüber mit den erforderlichen rechtlichen und kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten ortsnahe zur Seite stehen können.

Das Foto zeigt von links: Kreisvorsitzender Christoph Plett, Innenpol. Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Angelika Jahns MdL., Kreistagsfraktionsvorsitzender Hans-Werner Fechner